

Antrag

der Abg. Werner Wölfle u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Innenministeriums

Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtung von Car-Sharing-Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

wie sie den Entwurf des Bundesministeriums für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG), der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO (VwV-StVO) bewertet, der das Ziel hat, zukünftig den Kommunen zu ermöglichen, Car-Sharing-Stellplätze im öffentlichen Straßenraum einzurichten;

II.

den vom Bund beabsichtigten Änderungen von StVG, StVO und VwV-StVO mit dem Ziel, den Kommunen zu ermöglichen, Car-Sharing-Stellplätze im öffentlichen Straßenraum einzurichten, im Bundesrat zuzustimmen.

24. 04. 2007

Wölfle, Walter, Sckerl,
Untersteller, Rastätter GRÜNE

Begründung

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern besteht in Deutschland für die Einrichtung von Car-Sharing-Stationen an vielen Standorten, das Hindernis, dass eine Einrichtung nur im öffentlichen Straßenraum möglich wäre, dies aber rechtlich nicht zulässig ist. Damit wird die Verbreitung des Car-Sharing unnötig behindert.

Car-Sharing ist eine besonders umweltfreundliche Möglichkeit der Nutzung des Verkehrsmittels Auto. Wer auf ein eigenes Auto verzichtet und Mitglied einer Car-Sharing-Organisation wird, benutzt wesentlich häufiger umweltfreundliche Verkehrsmittel als Halter eigener Fahrzeuge. Ein wichtiger Faktor für die Neugewinnung von Car-Sharing-Nutzern ist die deutlich sichtbare Präsenz von Car-Sharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum. Die Ausbreitung von Car-Sharing-Angeboten ist aus klimapolitischen Gründen unbedingt wünschenswert und sollte nicht weiter durch bürokratische Hürden gehemmt werden. Daher sollte die Landesregierung im Bundesrat den Plänen des Bundes zustimmen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 16. Mai 2007 Nr. 7-3850.0/28 nimmt das Innenministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

I. zu berichten,

wie sie den Entwurf des Bundesministeriums für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung (BMVBS) zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG), der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur StVO (VwV-StVO) bewertet, der das Ziel hat, zukünftig den Kommunen zu ermöglichen, Car-Sharing-Stellplätze im öffentlichen Straßenraum einzurichten;

Zu 1.:

Die vom Bund erstellten Entwürfe (Änderung des Straßenverkehrsgesetzes, der Straßenverkehrsordnung und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung) zur gesetzlichen Privilegierung des Car-Sharing werden von der Landesregierung kritisch beurteilt. Parksonderrechte sind bislang auf Bewohner und außergewöhnlich gehbehinderte sowie sehbehinderte Menschen beschränkt. Darüber hinaus bestehen in Baden-Württemberg und in 13 weiteren Ländern Parkerleichterungen für besondere Gruppen schwerbehinderter Menschen. Die Schaffung zusätzlicher Parkprivilegien würde eine Vorentscheidung für andere Personengruppen darstellen (spezielle Parkmöglichkeiten werden z. B. von behinderten Menschen mit dem Merkzeichen „H“ – „Hilflos“ – gefordert). Der Öffentlichkeit wäre es schwer zu vermitteln, wenn Car-Sharing-Organisationen Parksonderrechte eingeräumt würden, hingegen behinderten Menschen mit dem Merkzeichen „H“ zugemutet würde, weite Strecken zu laufen.

Hinzu kommt, dass die Zahl der Sonderparkplätze im Verkehrsraum nicht beliebig erweiterbar ist, da Parkplätze insgesamt nur begrenzt zur Verfügung stehen. In städtischen Bereichen, in denen wegen des Parkraumdrucks die Notwendigkeit der Parkraumbewirtschaftung besteht, wirkt sich eine entsprechende Privilegierung von Car-Sharing-Fahrzeugen wiederum zu Lasten der ohnehin schon geringen Zahl von nicht bewirtschafteten Stellflächen aus. Eine Ausweitung auf Car-Sharing würde die berechtigten Interessen der bis-

herigen Parkprivilegierten und der Allgemeinheit (Gemeingebrauch) tangieren. Des Weiteren würden dann beispielsweise die Betreiber von Autovermietungen eine rechtliche Gleichbehandlung fordern. Eine „Bevorzugung“ des Car-Sharing zum jetzigen Zeitpunkt ist auch deshalb kritisch zu betrachten, weil das Thema „Parkprivilegien für bestimmte Personen- bzw. Fahrzeuggruppen (z. B. Familien-, Frauenparkplätze, Plätze für schadstoffarme Fahrzeuge)“ momentan verstärkt diskutiert wird. Diese Vorschläge sind – je für sich genommen – durchaus nachvollziehbar, würden aber bei Berücksichtigung eine sinnvolle Parkraumbewirtschaftung nahezu unmöglich machen.

Die Verminderung von Umweltbelastungen durch Car-Sharing-Fahrzeuge ist begrenzt, denn der einzelne Nutzer legt dann seine Wege, statt ein eigenes Fahrzeug vorzuhalten, mit einem Fahrzeug aus dem Car-Sharing-Pool zurück. Die Einsparung von Fahrleistungen wird dadurch eher gering sein. Durch die Bevorzugung des Car-Sharing kann die Fahrzeugbenutzung sogar an Attraktivität gewinnen, da mit diesen speziell gekennzeichneten Autos an begehrten Stellen (Innenstadt, Bahnhöfe etc.) geparkt werden darf. Statt einer Vermeidung von Fahrten könnten zusätzliche Anreize bestehen, vom „unbequemen“ ÖPNV, der an feste Haltestellen und Taktzeiten gebunden ist, wieder auf den „attraktiven“ Pkw (mit Parksonderrechten an bevorzugten Plätzen) umzusteigen.

Problematisch ist auch die Kennzeichnung der Car-Sharing-Fahrzeuge mit einem „besonderen Aufkleber“. Mit missbräuchlicher Verwendung (etwa bei Veräußerung von Car-Sharing-Fahrzeugen) ist in hohem Maße zu rechnen.

Im Ergebnis würde die vorgesehene Regelung in der Straßenverkehrsordnung – entgegen der sonstigen Systematik dieser Vorschrift – das wirtschaftliche Interesse einer Organisation fördern. Letztlich würden wirtschaftlichen Unternehmen (Car-Sharing-Organisationen verfolgen wirtschaftliche Ziele und agieren in der Regel nicht gemeinnützig) mit ordnungsrechtlichen Mitteln geldwerte Vorteile für ihre Fahrzeuge eingeräumt.

Kommunen, die ein starkes Interesse an der Etablierung von Car-Sharing-Organisationen haben, können diese ohne Weiteres unterstützen. Durch das Bereitstellen von kommunalen Flächen – aber auch über die kommunale Bauleitplanung – zum Abstellen des Car-Sharing-Fuhrparks können Car-Sharing-Organisationen gefördert und deren Entwicklung in der jeweiligen Stadt vorangetrieben werden.

II.

den vom Bund beabsichtigten Änderungen von StVG, StVO und VwV-StVO mit dem Ziel, den Kommunen zu ermöglichen, Car-Sharing-Stellplätze im öffentlichen Straßenraum einzurichten, im Bundesrat zuzustimmen.

Zu II.:

Die genannten Punkte zeigen, dass das Thema „Car-Sharing“ und insbesondere dessen eventuelle rechtliche Privilegierung weiter diskutiert werden sollte. Eine gesetzliche Festlegung erscheint zumindest als verfrüht. Die Landesregierung wird daher die weiteren Beratungen auf Bund-Länder-Ebene abwarten, um ihr Meinungsbild abzurunden.

Rech

Innenminister